

Anlage 1
Eigenerklärung zur Eignung
 (von der Bewerber/ /Mitglied der Bewerbergemeinschaft
 sowie zugehörigen anderen Unternehmen auszufüllen)

Name und Anschrift des Unternehmens

.....

Ort:

Datum:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

Ust.-ID-Nr.:

Bezeichnung der Leistung:

Planungsleistung Umbau Theaterscheune Erlichthof Rietschen

Angaben zur Eintragung in das Berufsregister und zur Berufsgenossenschaft ihres Sitzes oder Wohnsitzes

<input type="checkbox"/>	Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister		
	unter der Nummer	
	beim Amtsgericht	
<input type="checkbox"/>	Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.		
Ich gehöre/Wir gehören zu			
<input type="checkbox"/>	Handwerk		
<input type="checkbox"/>	Industrie		
<input type="checkbox"/>	Handel		
<input type="checkbox"/>	Versorgungsunternehmen		
<input type="checkbox"/>	Sonstigem		
Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen: Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.			
Angabe, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.		Ich bin/Wir sind Mitglied	
		<input type="checkbox"/>	der Berufsgenossenschaft unter Nummer:
		<input type="checkbox"/>
Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft (sofern diese nicht verfügbar ist, eine gleichwertige Bescheinigung des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers) mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.			

¹²Name und berufliche Qualifikation der/des Bewerber*in und der Person, welche für die Erbringung der Leistung als verantwortlich vorgesehen sind bzw. diese tatsächlich erbringen

(Nachweis gemäß § 43 Abs. 1 VgV; z.B. in Form von Studienabschlussnachweisen, Kammermitgliedsbescheinigungen für den Bewerber und Projektleiter)

Vor- und Zuname	Berufsbezeichnung/Qualifikation	Dauer in Jahren	
		Bürozugehörigkeit	Berufserfahrung
Bewerber			
Projektleitung			
Stellv. Projektleitung			
Alle weiteren Mitglieder des Projektteams			

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich/mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

¹ Beim Ausfüllen dieser Anlage durch Bewerbergemeinschaftsmitglieder reicht es aus, wenn dieser Teil vom Stellvertreternden einmal ausgefüllt wird.

Beim Ausfüllen dieser Anlage durch Nachunternehmer muss dieser Teil nicht ausgefüllt werden.

² Das von der/dem Bewerber*in benannte Projektteam wird Inhalt des Angebotes im Verhandlungsverfahren und im Zuschlagsfalle Vertragsbestandteil. Ein Austausch von Projektteammitgliedern ist nur mit Zustimmung der Vergabestelle möglich.

Angabe über Ausschlussgründe

Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe vorliegen, die meine/unser Zuverlässigkeit in Frage stellen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht

- gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gemäß § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir meine/unser Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Auf entsprechende Aufforderung der Vergabestelle werde(n) ich/wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse³, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes⁴ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe zu zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB

Ich erkläre/ Wir erklären, dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, weder rechtskräftig verurteilt⁵ noch gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist, wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

³ Soweit mein/unser Betrieb beitragspflichtig ist

⁴ Soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

⁵ Gemäß § 123 Abs. 2 GWB steht einer Verurteilung nach den Vorschriften des § 123 Abs. 1 GWB eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Angabe zu fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB

Ich erkläre/ Wir erklären, dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen seine wesentlichen Anforderungen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen der Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen auch nach nochmaliger Anforderung nicht vollständig innerhalb einer angemessen gesetzten Nachfrist vorgelegt werden.

Ort, Datum

Name des Erklärenden / Unterschrift

Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Bewerbungsgemeinschaft, ist dieses Formblatt von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu unterschreiben. Werden Nachunternehmer im Wege einer Eignungsleihe eingesetzt, ist dieses Formblatt auch von den Nachunternehmern zu unterschreiben.